

# Ausbau oder Abschied

## Ist der Abzug der US-Streitkräfte eine Chance für Heidelberg?

Seit 2005 planen die US-Streitkräfte ihre Truppenstärke in Europa zu reduzieren. Das betrifft auch die 8000 Soldaten des europäischen US-Hauptquartiers Heidelberg, die mit dem Stand-

ort Wiesbaden-Erbenheim zusammengelegt werden sollen. Am Abzug scheiden sich nun die Geister: Die politische Linke im Gemeinderat sieht darin eine Chance für mehr bezahlbaren

Wohnraum. Die Bürgerlichen befürchten einen massiven Einbruch der Wirtschaftskraft, wenn Soldaten, zivile Angestellte und deren Familien die Stadt verlassen. (rl)

# JA

Arnulf Weiler-Lorentz

Heidelberger Gemeinderat  
und Sprecher der Bunten Linken



Fotos: privat

Oberbürgermeister Würzner hat über die Presse angekündigt, bei einem Besuch in Washington den Amerikanern eine Erweiterung von Patrick-Henry-Village anzubieten, um einen Abzug der in Heidelberg stationierten Streitkräfte ganz oder teilweise zu verhindern. In den gemeinderätlichen Gremien hat er jedoch lediglich über seine Absicht berichtet, mit den Amerikanern Verhandlungen zu führen. Dass er dazu auch Flächen der Stadt zur Nutzung durch die amerikanischen Streitkräfte anbieten will, hat er mit keinem Wort erwähnt.

Gegen solche Pläne hatte sich zu einem früheren Zeitpunkt schon einmal in der Bürgerschaft heftiger Protest erhoben, insbesondere bei den betroffenen Bauern. Es handelt sich bei dem Gelände nämlich um wertvolles Ackerland und ökologisch wichtige Ausgleichsflächen, die nicht bebaut werden dürfen.

Weshalb eigentlich sollte die Stadt sich gegen einen Abzug der Amerikaner sperren?

Die in Heidelberg ansässigen Hauptquartiere der US-Armee sind unmittelbar an Kriegen beteiligt, die – wie etwa der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak – eindeutig gegen internationales Recht und die deutsche Verfassung verstoßen, Kriege, die hunderttausende Opfer forderten.

Für viele von uns Heidelbergern würde es eine Erleichterung bedeuten, bald nicht mehr hautnah mit Soldaten konfrontiert zu sein, die aktuell Krieg führen: Offiziere, die von hier aus Kampfeinsätze koordinieren, Soldaten, die vielleicht verantwortlich sind für Folter oder für Angriffe auf ganze Städte, die bei Razzien

möglicherweise ganze Familien ausgelöscht haben. Immerhin stellte das von Heidelberg aus geführte V. US Army Corps den Großteil der US-Truppen, die die irakische Großstadt Falludscha weitgehend zerstörten.

Die hier stationierten Soldaten werden zwar häufig „unsere amerikanischen Mitbürger“ genannt, sind jedoch die am stärksten isolierte Bevölkerungsgruppe in der Stadt. Sie wohnen in eingezäunten und abgeschirmten Wohngebieten, haben eigene Einkaufsmöglichkeiten und sorgfältig getrennte soziale und kulturelle Einrichtungen. Von viel Gemeinsamkeit kann keine Rede sein.

Ein Truppen-Abzug aber wird ganz neue Möglichkeiten für rund 6000 Wohnungssuchende in Heidelberg und Umgebung eröffnen und dazu beitragen, die hohen Mieten in der Stadt nicht weiter steigen zu lassen. Die Zuziehenden werden dann hier – im Gegensatz zu den amerikanischen Soldaten – Einkommens- und Mehrwertsteuern bezahlen. Sie werden ein Mehrfaches von dem in Heidelberger Geschäften ausgeben, was die US Army-Angehörigen ausgeben. Die Schlüsselzuweisungen des Landes an den städtischen Haushalt werden sich deutlich erhöhen.

Für den Verbleib der Amerikaner wertvolles Ackerland und ökologisch wichtige Flächen zu opfern, um eine periphere Siedlung mit all ihren städtebaulichen Problemen zu erweitern, ist jedenfalls nicht geboten.

Lasst die Amerikaner gehen.

# NEIN

Dr. Karl A. Lamers

Stellvertretender Vorsitzender des  
Verteidigungsausschusses des  
Deutschen Bundestages (CDU)



Die amerikanischen Streitkräfte planen seit 2005 eine weitere Reduzierung ihrer Truppenstärke in Deutschland; Teil dieser Maßnahme ist die Absicht, die Hauptquartiere USAREUR/7th US Army und das V. US Corps zusammenzulegen und künftig auf dem US Army Airfield in Wiesbaden-Erbenheim zu stationieren. Würde dieser Plan verwirklicht, bedeutete dies den vollständigen Abzug der Amerikaner aus Heidelberg. Es gibt gute Gründe für das Verbleiben der Amerikaner in Heidelberg und in der Region:

Es geht um die seit mehr als 60 Jahren gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Amerikanern und Deutschen. In Heidelberg wird dies besonders deutlich, da die Amerikaner seit dem 30. März 1945 in unserer Region präsent sind. Aus Feinden wurden im Lauf der Jahrzehnte Freunde. Wir sind überzeugt, dass diese guten Beziehungen zwischen Amerikanern und Deutschen, zwischen Soldaten und Zivilisten ein hohes Gut sind, das bewahrt werden muss.

Natürlich sprechen auch wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Gründe dafür, dass die Amerikaner in Heidelberg bleiben. Die heimische Wirtschaft profitiert seit Jahrzehnten von der Stationierung der US-Streitkräfte. So wurde 2005 geschätzt, dass die Amerikaner pro Jahr rund zehn Millionen Euro im Einzelhandel und fünf Millionen Euro in der Gastronomie umsetzen. Hinzu kommen Aufträge von 30 bis 40 Millionen Euro an die hiesige Wirtschaft, im Rahmen der Gebäudesanierung und -modernisierung ihrer militärischen Anlagen. Der Wohnungsmarkt profitiert ebenfalls von der Anwesenheit der Amerikaner. So sind in den letzten

Jahren Tausende von Wohnungen in Heidelberg, Walldorf und Wiesloch sowie in und um Hockenheim an Amerikaner und ihre Familien vermietet worden. Die US-Streitkräfte beschäftigen in und um Heidelberg etwa 1000 zivile Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze wegfielen, wenn die amerikanischen Einrichtungen aufgelöst würden.

Weitere Wirtschaftsfaktoren sind der Energiebereich und die Wasserversorgung, für die die Amerikaner jährlich neun Millionen Euro investieren. Die Stadt Heidelberg selbst erhält für ihre kommunalen Aufgaben, die mit der Stationierung der Streitkräfte zusammenhängen, pro Jahr 7,5 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

All diese Zahlen zeigen, dass die Streitkräfte einen erheblichen Wirtschaftsfaktor darstellen. Bei meinem jüngsten Besuch im Pentagon im Dezember 2008 habe ich diese Fakten dargelegt und die Vorlage eines entsprechenden konkreten Konzeptes für Anfang Januar in Aussicht gestellt.

Die inzwischen aus unserer Region unterbreiteten konkreten Vorschläge finden Eingang in die „Transition Papers“ für die neue Regierung unter Präsident Barack Obama. Schon im März könnte es zu einem offenen Gedankenaustausch aller Verantwortlichen in Washington kommen.

Ich bin überzeugt, dass alles getan wird, um den Verbleib der US-Streitkräfte in Heidelberg und der Region zu sichern.

## In schlechteren Kursen gibt's bessere Noten

Fortsetzung von Seite 1: „Die Guten ins Töpfchen“

Ohne die Auswertungen vorheriger Jahrgänge ist die Einteilung in Kohorten bei einer geringen Kursteilnehmerzahl von beispielsweise nur zehn Studenten nicht repräsentativ. Bei der Bewertung nach Kohorten ist außerdem zu bedenken, dass die Note relativ zum Ergebnis der anderen Teilnehmer steht. Handelt es sich also um einen Kurs, der im Durchschnitt sehr gute Leistungen erbringt, ist die Chance groß, für eine eigentlich gute Klausur heruntergestuft zu werden – mit der Begründung, nicht dem allgemeinen Kursniveau zu entsprechen.

Einige Professoren sehen darin einen Vorteil, da man nicht der Willkür der Lehrenden ausgesetzt sei. Studenten hingegen sind erobert über schlechte Noten für eigentlich gute Leistungen. Denn säße man in einem anderen Kurs mit niedrigerem Leistungsniveau, gäbe es bessere Bewertungen.

Bisher ist das Kohortensystem lediglich für die Abschlussnote der Bachelor- und Masterstudierenden obligatorisch. Nach eben dieser Richtlinie wird im Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften verfahren. „Im

Abschlusszeugnis gibt es eine Beurteilung nach Kohorten, in den einzelnen Modulen ist das jedoch nicht vorgesehen – auch nicht in der Zukunft“, so Marcus Padberg, Geschäftsführer des Instituts.

Im Fall der Studentin Sarah entschied der Professor über das Bewertungssystem – und Sarah gehörte mit ihren 62 Punkten weder zu den besten zehn noch den nächstbesten 25 Prozent. Somit musste sie sich wohl damit abfinden, dass es selbst für Magisterstudenten kein Entrinnen vor Bachelor und Master gibt. (vlm)

### Kommentar

von Lisa Grüterich

Die Frage nach Gerechtigkeit treibt uns schon seit Anbeginn der Zeit um. Was ist gerecht: Wenn der große Bruder ein größeres Stück Kuchen bekommt? Die kleine Schwester, weil sie noch wachsen muss? Oder doch lieber jeder gleich viel, bevor es Streit gibt? Streit jedenfalls ist auch beim Thema Kohortenbenotung vorprogrammiert. Ist es gerecht, dass ein Überflieger-Kommilitone den Notendurchschnitt seiner Mitstudenten herunterzieht? Man fühlt sich ein wenig an alte Schulzeiten erinnert, als an den Leistungen der vermeintlichen „Streber“ der Rest der Klasse gemessen wurde. Ein zentraler Unterschied zu damals ist jedoch die nun eingeführte Kohorten-Durchfallquote. Denn wenn zehn Prozent der Teilnehmer „per Gesetz“ den Kurs nicht zu bestehen haben – unabhängig davon, ob sie vielleicht die meisten Klausurfragen richtig beantwortet haben –, dann kann das nur schwerlich gerecht erscheinen.